

Beschluss des Bayerischen Landtags: "Eckpunkte und Runder Tisch für ein Psychisch-Krankenhilfe-Gesetz"; LT-Drs. 17/2708

Erster Entwurf des StMGP und des StMAS für mögliche Eckpunkte für ein bayerisches Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG)
(Stand 18.11.2014)

1. Weitere Verbesserung der Versorgung und der vorausgehenden Hilfen für Menschen mit psychischen Störungen auch mit dem Ziel der möglichst umfassenden Vermeidung einer Unterbringung
 - Psychiatrisch-psychotherapeutische Krisenintervention flächendeckend
 - Einführung von so genannten „Präventions-Ambulanzen“ für schwer-psychiatrisch kranke und chronifizierte Patienten mit Neigung zu Gewaltbereitschaft (siehe derzeitiges Modellprojekt am Bezirkskrankenhaus Ansbach)
 - Stärkung der sozialpsychiatrischen Dienste (SpDi)
 - Verringerung von Wartezeiten für ambulante psychiatrisch-psychotherapeutische Behandlung für Erwachsene und in der Kinder- und Jugendpsychiatrie
 - Stärkung der Gesprächsleistung
 - Kurzzeitpflege für psychisch kranke, zu Hause in der Familie betreute Menschen
 - Nachsorgende Hilfen

2. Maßnahmen zur Verbesserung der Prävention von psychischen Störungen
 - Erweiterung des Vorsorgeprogramms um U10, U11 und J2
 - Spezifische Stärkung des ÖGD für bestehende Aufgaben im Bereich der psychiatrischen, psychosomatischen und psychotherapeutischen Versorgung und Prävention.
 - Flexible Rezidiv-/Prophylaxeangebote im Anschluss an Leitlinientherapie

3. Verstärkte Einbindung von Selbsthilfe und Angehörigen
 - Weitere Stärkung des Trialogs
 - Kontinuierliche und strukturierte Fortbildungsangebote für Selbsthilfe

4. Grundsätzliches für alle Bereiche / Stärkung der Rechte von Patienten:

- Fürsorgegrundsatz
- Installierung von Patientenfürsprecher / Patientenanwalt für alle Patienten in stationärer psychiatrischer Behandlung
- Verpflichtende Fortbildung für alle in der Versorgung von psychisch Kranken beschäftigten Berufsgruppen
- Implementierung einer regelmäßigen Psychiatrieberaterstattung
- Finanzielle Regelungen, Kosten, Übernahme der Finanzierung
- Datenschutz
- Aktenführung

5. Neuregelung des Rechts der öffentlich-rechtlichen Unterbringung

- Zuständigkeiten, Verfahren
- Neuregelung des vorbereitenden Verfahrens einschließlich der Anforderungen an die Begutachtung im vorbereitenden Verfahren
- Arten der Unterbringung
- Rechtsstellung und Betreuung während der Unterbringung
- Recht auf Behandlung
- Zwangsmaßnahmen, Regelungen für Fixierungen
- Aussetzung der Unterbringung, Entlassung
- Besondere Vorschriften für besondere Personengruppen
- Besuchskommissionen
- Gewährleistung der sicheren Unterbringung von besonders gefährlichen untergebrachten Personen
- Mitwirkung des ÖGD bei der öffentlich rechtlichen Unterbringung